

# Wochenblatt für Wilsdruff

Tharandt, Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

## Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Tharandt.

Localblatt für Wilsdruff.

Altanneberg, Birkenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Burkhardswalde, Croitsch, Grumbach, Grund bei Mohorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Landberg, Hübnert, Kaufbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Limbach, Logen, Mohorn, Münzig, Neufkirchen, Neutanneberg, Niederwartha, Oberhermsdorf, Pohrsdorf, Röhrsdorf bei Wilsdruff, Roitsch, Rothschönberg mit Berne, Sachsberg, Schmiedewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach b. Mohorn, Seeligstadt, Spechtshausen, Taubenheim Unfersdorf, Weistroy, Wildbera.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 M. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 M. 55 Pf. Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens Mittags 12 Uhr angenommen. — Inserationspreis 10 Bfg. pro viergespaltene Corpuzelle.

Druck und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion Martin Berger d. d. d. d.

No. 40.

Dienstag, den 3. April 1900.

58. Jahrg.

Die Königl. Amtshauptmannschaft hat Veranlassung, die Bestimmungen des § 563 der Reichsgewerbeordnung, nach welchen **Gold- und Silberwaaren, Bruchgold und Bruchsilber, sowie Taschenuhren vom Ankauf oder Feilbieten im Umherziehen ausgeschlossen sind**, mit dem Bemerkten andurch in Erinnerung zu bringen, daß Zuwiderhandlungen in Gemäßheit von § 148 7a der Reichsgewerbeordnung mit Geldstrafen bis zu 100 Mark —, oder bis zu 4 Wochen Haft bestraft werden.

Gleiche Strafe haben nach § 148,5 der Reichsgewerbeordnung auch diejenigen zu gewärtigen, welche dem § 42a der Reichsgewerbeordnung zuwider Gegenstände, die von dem Ankauf oder Feilbieten im Umherziehen ausgeschlossen sind, innerhalb des Gemeindebezirks des Wohnortes oder der gewerblichen Niederlassung von Haus zu Haus oder auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten feilbieten oder zum Wiederankauf.

Die Gendarmerie ist zur strengen Aufsichtsführung angewiesen worden.  
**Königl. Amtshauptmannschaft Meissen,** den 30. März 1900.  
Nr. 1297 A. **von Schroeter,** Schreiber.

### Bekanntmachung.

Donnerstag, den 5. April ds. Js.,

Nachmittags 6 Uhr

### öffentl. Stadtgemeinderathssitzung.

Die Tagesordnung hängt im Rathhause aus.

Wilsdruff, den 2. April 1900.

**Der Bürgermeister.**

Bursian.

### Politische Rundschau.

Im Berliner Schlosse stattete am Sonntag der General-Feldmarschall Prinz Georg von Sachsen, bisher Kommandeur des 12. Armeekorps, dem Kaiser einen Abmeldungsbesuch ab. Der Prinz speiste bei den Majestäten und gedachte Abends nach Dresden zurückzukehren. Für die Gruft des Fürsten Bismarck in Friedrichsruhe wurden im Auftrage des Kaiserpaars prächtige Kränze nach dem Sachsenwalde gesandt. Die Angehörigen der Familie Bismarck waren dort zu einer kurzen Andacht am 1. April, dem Geburtstag des ersten deutschen Reichskanzlers, vereint. — Der deutsche Kronprinz wird am 6. Mai, seinem 18. Geburtstage, in das erste Garde-Regiment zu Fuß in Potsdam als Leutnant eintreten. Bis dahin erhält der Kronprinz täglich während mehrerer Stunden Unterricht in der Taktik, Waffenlehre, Artillerie-, Ingenieurwissenschaften usw.

Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe feierte am Sonnabend seinen 81. Geburtstag in noch immer bemerkenswerther körperlicher Rüstigkeit und ungebrogener geistiger Frische. Von Rath und Fern gingen dem greisen Staatsmanne zahlreiche schriftliche wie telegraphische Glückwünsche und Angebinde zu seinem Geburtstage zu. Der Kaiser und die Kaiserin beglückwünschten den Fürsten persönlich.

Mit verschiedenen Fragezeichen ist der Reichstag diesmal in seine Osterferien gegangen, welche Fragezeichen die lex Heinze, das Fleischbeschaugesetz und die Flottengesetz-novelle darstellen. Die erwähnte Vorlage war bekanntlich in der dritten Lesung fast schon erledigt, als die freisinnig-sozialdemokratische Obstruktion einsetzte und die Verabschiedung des „Sittlichkeitsgesetzes“ bis auf Weiteres vereitelte. Einsteilen stockt nun diese Frage gänzlich; ob es nach den Osterferien noch zu einer Verständigung in derselben zwischen den Parteien der Reichstagsmehrheit und der Regierung kommen wird, selbst wenn die Obstruktion der radikalen Linken nicht erneuert wird, das bleibt noch sehr abzuwarten. Der Gesetzentwurf über die obligatorische Schlachtvieh- und Fleischschau harret nach der dritten Lesung; letztere erscheint indessen auf unbestimmte Zeit verlagert, da speziell wegen des vom Reichstage bei der zweiten Lesung beschlossenen Fleischtransportverbotes vor-erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den ver-bündelten Regierungen und der Reichstagsmehrheit bestehen. Was endlich die Flottenvorlage anbelangt, so ist sie von der Budgetkommission des Reichstags allerdings noch un-mittelbar vor Beginn der östlichen Ferienpause zum ersten Male in einer allgemeinen dreitägigen Debatte beraten worden, aber letztere hat durchaus noch keine bestimmteren Aussichten auf das schließliche Schicksal dieses bei Weitem wichtigsten Gesetzentwurfes der laufenden Reichstags-session erbringt. Wohl erklärten sich bei diesen Kommissionsber-handlungen einerseits die Vertreter der Rechten, der National-liberalen und der freisinnigen Vereinigung im Prinzip für, andererseits die Redner der freisinnigen Volkspartei und der Sozialdemokraten gegen die Flottenvermehrung, dagegen verhielten sich die Vertreter der ausschlaggebenden Centrums-

partei im Allgemeinen dilatorisch, augenscheinlich wünscht das Centrum seine definitive Stellungnahme in der Flotten-angelegenheit aus parteipolitischen Gründen möglichst lange hinauszuschieben. Ob da die auf den 25. April angelegte Vorlesung der Flottenbedatte in der Budgetkommission endlich die wünschenswerthe baldige Klarheit in dieser be-deutenden Frage bringen wird, das muß eben auch noch batingestellt bleiben.

Mit gefestigtem Sonntag sind im Gebiete der Reichs-postverwaltung wie in Bayern und Württemberg die vom Reichstage in der gegenwärtigen Session beschlossenen po-litischen Neuerungen in Kraft getreten, mit Aus-nahme der neuen Bestimmungen über den Postzeitungs-tarif, die am 1. Januar 1901 praktische Gültigkeit erlangen. In der Hauptsache betreffen die namentlich in der Ercheinung getretenen politischen Reformen die Erhöhung der Ge-werbesteuer für einfache frankierte Briefe im Fernverkehr auf 20 Gramm, Herabsetzungen der Taxen für Briefe, Post-karten, Druckfachen und Waarenproben im Ortsverkehr, Ausdehnung dieser Taxen auf Nachbarorte, Aufhebung der Privatposten. Daneben sind noch eine Reihe sonstiger Erleichterungen im postalischen Verkehr für das Publikum in Kraft getreten. Man darf wohl erwarten, daß sich die Bevölkerung um so rascher an diese Postreformen gewöhnen wird, als dieselben ja den Wünschen und Interessen der weitesten Kreise entsprechen.

Die Marinevorlage und die Centrumpartei. Die Köln. Volksztg., eins der ersten Organe der Centrums-partei, schreibt zur Flottenbedatte: „Wir zweifeln nun nicht mehr, daß diese Frage befriedigenderweise gelöst wird, weil auch die Regierung vom Ernst der Lage über-zeugt ist.“ Von den bisherigen Vorschlägen seien die Ein-führung eines Gausstempels, die Verdoppelung des Lotteriestempels, eine wirksamere Ausgestaltung des Börsenstempels, die Steuer auf Sacharin, die Erhöhung von Zollsätzen auf gewisse Luxuswaren ganz unbedenklich.

60 Fälle von Majestäts-Beleidigungen ver-zeichnen die „Berl. Volksztg.“ aus dem ersten Quartal von 1900. Soweit Strafen schon ausgesprochen sind, ist auf 176 1/2 Monate Gefängnis und 2 Monate Festung er-kannt. 12 Angeklagte sind freigesprochen.

Für Kautschuk. In die Stammkompagnien der Marine-Truppenteile in Kautschuk dürfen nunmehr auch tropen dienstfähige Einjährig-Freiwillige eintreten. Mit dem nächsten nach Ostafrika abgehenden Abfuhrtransport er-folgt die Ueberführung.

Die Meldungen aus Kamerun lauten nicht erfreulich. Nach der Köln. Ztg. sind umfangreiche Maß-nahmen erforderlich, wenn nicht in Folge des immer weiter um sich greifenden Aufstandes der Eingeborenen und des dadurch hervorgerufenen Arbeitermangels die ganzen Pflan-zungen verloren gehen sollen. Es heißt in dem Blatt: „Es ist gar keine Aussicht mehr, Arbeiter aus irgendwelchem Theile des Schutzgebietes selbst zu gewinnen, und die Pflanzungen sind wieder, wie vor einigen Jahren auf die spärliche Zufuhr der mit Monopolgebühren und Anwendungs-gebühren belasteten Weibleute aus Liberia angewiesen. Es ist zu erwarten, daß Tausende von Hektaren, die in den

letzten Jahren mühsam gerodet wurden, in der Frühjahrs-regenzeit wieder mit äppigerfühlendem Unkraut bekränzt sein werden. Wenn nicht bald eine gründliche Aenderung Platz greift, ist das Schicksal Kameruns als Pflanzungs-kolonie für die nächsten Jahre besiegelt.“

Königin Viktoria von England hat ihrer ältesten Tochter, der Kaiserin Friedrich, White Lodge in Richmond als Sommerwohnung zum Geschenk gemacht. Es heißt, daß die Kaiserin Friedrich nach ihrem Besuch bei der Königin Anfang Mai das Schloß in Besitz nehmen werde. White Lodge, das viele Jahre vom Herzog und der Herzogin von Teck bewohnt war, ist reizend gelegen und ist in ver-hältnismäßiger Nähe von London und Windsor. In dieser Woche wird die Königin ihren Besuch in Irland abstellen. Große Vorbereitungen sind auf der grünen Insel getroffen für festliche Veranstaltungen und für Sicherheitsmaßnahmen. Nicht alle Iren sind gleich loyal, die Unversöhnlichen noch nicht ausgefordert.

Oesterreichische Waffenlieferungen an Eng-land. Aus Ungarn werden Pferde, aus Oesterreich Ge-schosse und Geschütze ungeschützt aller Neutralität in großem Maßstabe geliefert. Wie die Ostd. Rundschau von ver-läßlicher Seite aus Hirtenberg erfährt, hat eine Fabrik dort 20,000, eine andere Fabrik ebenfalls in Hirtenberg sogar Schrapnelkörper an England geliefert. In der Bern-dorfer Metallwaarenfabrik sind ferner über 20 Millionen Mantelgeschosse für Gewehre in Arbeit, die ebenfalls für England bestimmt sind. Schluß macht sich das nicht, und auch die sogenannte „wirtschaftliche Lage“ entschuldigt diese Handlungswiese keineswegs.

Die russische Regierung zeigt den Engländern die Wahr-heit. Das Petersburger Journal, das Sprachrohr des Auswärtigen Amtes, schreibt: „Londoner Blätter haben behauptet, die Transvaal-Republik habe sich schon lange zum Kriege vorbereitet und die Absicht gehabt, das englische Element aus Süd-Afrika zu entfernen. Die Ab-sichten der leitenden Kreise in Pretoria scheinen indessen nicht soweit gegangen zu sein. Jedenfalls hat Präsident Krüger erst nach dem Einfall Jamesons Maßregeln zum Schutze der Unabhängigkeit seines Landes getroffen. Er hat demnach die militärischen Vorbereitungen gemacht, die ihm die Klugheit gebot und hat sehen können, wie gut er beraten war, als er die nationale Armee möglichst in den Stand setzte, den britischen Truppen zu widerstehen.“ Das ist doch eine Sprache, die Achtung verdient.

### Der Transvaalkrieg.

Lord Roberts' Generale haben in voriger Woche ge-rade nicht brillant abgeschnitten, und es wird hohe Zeit, daß der energische Lord Kitchener persönlich wieder mit eingreift. Bar Allen der Rückzug des Boeren-Komman-danten Olivier, der die ihm weit überlegenen britischen Generale, die ihn wiederholt zu haben meinten, glänzend hinter's Licht führte und ungefährdet bei seinen Landsleuten im nördlichen Oranjesaate eintraf. Eine Kritik dieses Zuges aus militärischer Feder in der „Frkf. Ztg.“ kommt zu dem Schluß, daß die Boeren-Kommandanten jedem englischen Durchschnittsgeneral an fähigem Erfassen der ge-